

Die SVP präsentiert ihre Rezepte gegen die «Krise der Volksschule»

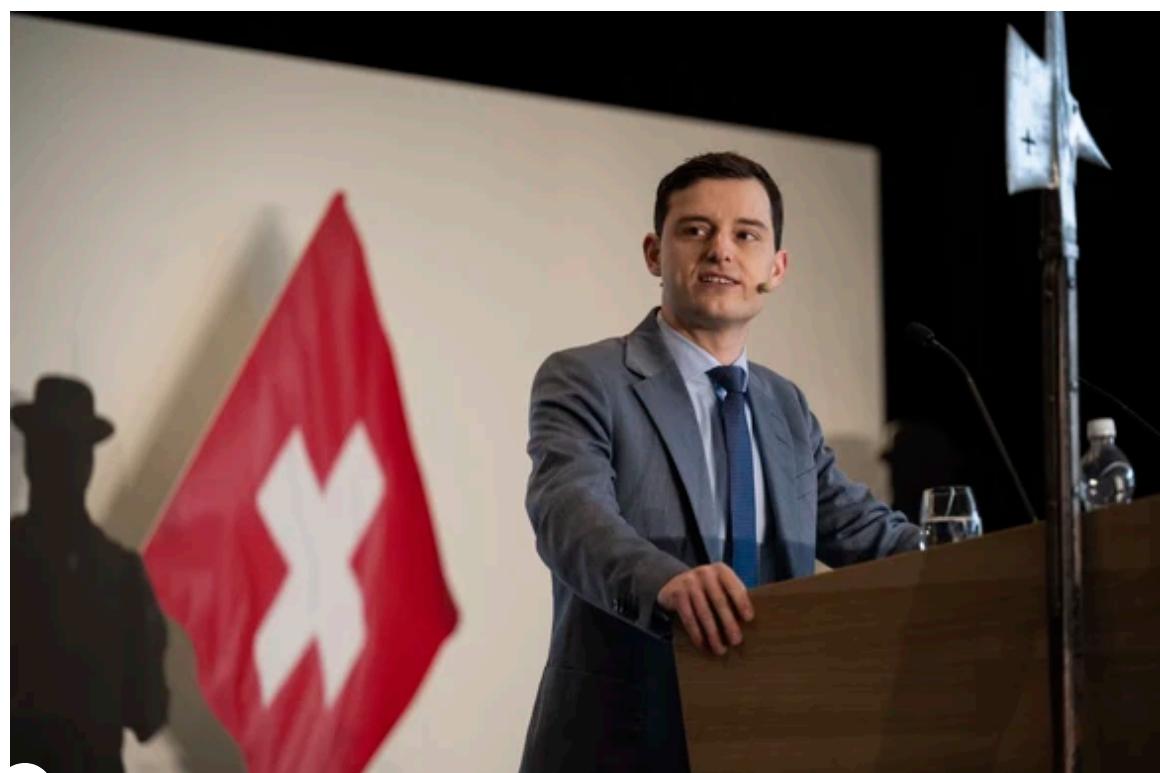
Die SVP will Ausländerkinder zur obligatorischen sprachlichen Frühförderung schicken. Zudem setzt die Partei auf Diktate, mehr Kopfrechnen und das Auswendiglernen von Gedichten.



24.01.2026, 14:05 24.01.2026, 14:05

kari kälin / ch media

Der unerfreuliche Befund stammt von Stefan Wolter: «De facto sind wir in der Schweiz alle schlechter geworden», sagte der Professor für Bildungsökonomie im vergangenen Jahr in einem Interview mit der NZZ. Tatsächlich dokumentieren die Ergebnisse der Pisa-Studien ein seit Jahren sinkendes Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler in der Schweiz. Auch die Erhebung zu den Grundkompetenzen, durchgeführt von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, liefert zum Teil wenig berauschende Resultate. So verpasst beim Lesen fast jedes fünfte Kind die Grundkompetenzen.



Nationalrat Benjamin Fischer.

Kein Wunder ist in Medienberichten häufig von einer «Krise der Volksschule» die Rede. Eine solche diagnostiziert auch die SVP. In den vergangenen zwei Jahren erarbeitete die Partei unter Federführung des Zürcher Nationalrats Benjamin Fischer, Vater von drei kleinen Kindern, ein neues Positionspapier. Am Samstag stellte er es den Delegierten in Näfels GL vor. Das sind die wichtigsten Forderungen.

INHALTSVERZEICHNIS

Obligatorische Förderung für fremdsprachige Kinder

Obergrenze pro Klasse

Gedichte auswendig lernen

Abschaffung der integrativen Förderung

Dozenten müssen Praktiker sein

1 Obligatorische Förderung für fremdsprachige Kinder

Wenig überraschend sieht die SVP in der «Massenzuwanderung», auch von «bildungsfreien Familien», eines der Hauptprobleme für die Volksschule. Die Partei fordert obligatorische Sprachtests vor Beginn der Volksschule. Wer den Test nicht besteht, soll ein zusätzliches Jahr in einer Vorbereitungsklasse absolvieren – mit mindestens 20 Wochenlektionen in der jeweiligen Landessprache.

Zudem will die SVP ausländische Eltern verpflichten, ihre Kinder vor dem Eintritt in die Volksschule auf eigene Kosten in die sprachliche Frühförderung zu schicken. Familien, die sich dieser Pflicht widersetzen, sollen sanktioniert werden – bis hin zum Entzug der Aufenthaltsbewilligung. Des Landes verwiesen werden sollen auch Eltern, die wiederholt nicht mit der Schule kooperieren, etwa im Zusammenhang mit Gewaltdelikten oder schweren Disziplinproblemen.

2 Obergrenze pro Klasse

Ab einem gewissen Anteil fremdsprachiger Kinder sinkt das Unterrichtsniveau. Man könne von einem Schwellenwert von 30 Prozent ausgehen, schreibt die SVP unter Verweis auf Studien. Deshalb fordert sie eine Obergrenze an fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern pro Klasse. Je nach Quartier und Wohngegend könnte dies zu erheblichen logistischen Herausforderungen führen. Wie solche Obergrenzen konkret umgesetzt werden, müssten Gemeinden und Kanton entscheiden, sagt Nationalrat Fischer.

3 Gedichte auswendig lernen

«Mit Kopf, Herz und Verstand»: So lautet das bildungspolitische Motto der SVP in Anlehnung an den grossen Schweizer Pädagogen Heinrich Pestalozzi (1746–1827). Übersetzt ins 21. Jahrhundert bedeutet das für die Partei: Die Schulen sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und grundlegende Fertigkeiten vermitteln – solides Lesen, Rechnen und Schreiben.



Schülerinnen und Schüler sollen mehr Lesen, Rechnen und Schreiben lernen.

bild: keystone

«Mit täglich 15 Minuten Kopfrechnen erreichen Schülerinnen und Schüler überdurchschnittliche Leistungen in Mathematik», sagt Fischer. Diktate, systematisches Grammatiktraining sowie das Auswendiglernen von Gedichten und Liedern gehören für die SVP ebenfalls zum didaktischen Arsenal der Volksschule. Stärken will die Partei zudem Fächer wie Werken oder Handarbeit, um den Schülerinnen und Schülern alternative Berufswege zur akademischen Laufbahn aufzuzeigen. «Kinder brauchen haptische Erfahrungen und müssen lernen, mit ihren Händen zu arbeiten», heisst es.

Aus den Schulen verbannen will die SVP hingegen Smartphones. Auch «Genderthemen» oder Fächer wie «Bildung für nachhaltige Entwicklung» hätten an der Volksschule nichts zu suchen. Zudem fordert die Partei, dass Schülerinnen und Schüler ab der zweiten Primarklasse benotet werden – und an der Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird.

4 Abschaffung der integrativen Förderung

Seit Jahren setzt die Schweiz auf das Prinzip der integrativen Förderung: Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen werden möglichst in Regelklassen unterrichtet, statt in separaten Klein- oder Förderklassen. Dabei handelt es sich etwa um Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten.

keiten. Unterstützt werden sie punktuell von Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.

Lehrpersonen sind mit diesem System häufig unzufrieden, wie Befragungen zeigen – unter anderem wegen fehlender geeigneter Räume und eines hohen Koordinationsaufwands. Die SVP hält den integrativen Unterricht für gescheitert und will wieder vermehrt auf Sonderklassen für Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen setzen.

Die Luzerner Bildungsdirektion rechnete kürzlich vor, dass ein solcher Systemwechsel die Schaffung Hunderter neuer Klassen und Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe zur Folge hätte. Benjamin Fischer stellt diese Einschätzung infrage. Er ist überzeugt: «Durch die Entlastung der Regelklassen können Kosten eingespart werden – auch, weil es im Klassenzimmer weniger Lehrkräfte braucht.»

5 Dozenten müssen Praktiker sein

Handlungsbedarf ortet die SVP auch an den Pädagogischen Hochschulen. «Theoretiker ohne Praxiserfahrung sollen keine Lehrpersonen ausbilden dürfen», hält die Partei fest. Dozentinnen und Dozenten sollen demnach nur Personen werden, die mindestens fünf Jahre lang vor einer Klasse unterrichtet haben. Ziel sei mehr Praxisnähe und Fachwissen sowie weniger theoretische Bildungswissenschaft.



Wer Hochschuldozent oder -dozentin werden will, soll zuvor unterrichtet haben.

bild: keystone

Viele Forderungen der SVP zielen in eine ähnliche Richtung wie jene der FDP. Die Freisinnigen verabschiedeten 2024 ein Bildungspapier, in dem sie unter anderem die Abschaffung der integrativen Schule sowie eine stärkere Fokussierung auf die Kernkompetenzen Lesen, Rechnen und Schreiben forderten. Auch

die sprachliche Frühförderung von Kindern mit Migrationshintergrund ist darin enthalten. (aargauerzeitung.ch)